

PRESSEMITTEILUNG

Hamburg, 10.03.2016

Verwaltung verweigert Antworten zu nutzbaren Flächen für dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen

Dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen braucht geeignete Flächen. Die Freie und Hansestadt Hamburg besitzt allein im Bezirk Hamburg-Nord etliche davon, wie aus einer aktuellen Anfrage hervorgeht. Ihre tatsächliche Anzahl und ob diese Flächen für die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung stehen, wollten **Stefan Bohlen (33, CDU Eppendorf/Hoheluft-Ost)** und **Nizar Müller (35, CDU Langenhorn)** in einer offiziellen Anfrage wissen. Die Verwaltung verweigert aber ausreichende Auskünfte ohne dies inhaltlich zu begründen.

Die Abgeordneten hatten nach §27 BezVG die Verwaltung, speziell den Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen (LIG), nach geeigneten Flächen in Hamburg-Nord befragt. Sie fragten nach ungenutzten Flächen im städtischen Besitz oder Besitz städtischer Gesellschaften, die größer als ein Hektar und bebaubar sind. Die Verwaltung gab jedoch nur die Gesamtzahl der Flächen im städtischen Besitz an. Von den insgesamt 4020 Flächen, sind immerhin 489 Flächen größer als ein Hektar. Die restlichen Angaben verweigerte sie mit Hinweis auf den angeblich zu hohen Aufwand einer Erfassung und die ständige Praxis des Senats sich nicht über ungenutzte Grundstücke oder Immobilien zu äußern.

Diese Praxis der Verwaltung kommentiert **Stefan Bohlen, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion in Hamburg Nord und Wahlkreisabgeordneter für Eppendorf und Hoheluft-Ost** wie folgt:
„Wie soll die Politik kleinteilige dezentrale Lösungen zur besseren Integration der Flüchtlinge erarbeiten, die im Übrigen von der Bevölkerung gewollt und gefordert werden, wenn von Seiten des rot-grünen Senats und der Verwaltung wichtige Informationen vorenthalten und offizielle Anfragen von gewählten Volksvertretern mit inhaltslosen Begründungen einfach nicht beantwortet werden!“

Nizar Müller, Bezirksabgeordneter der CDU-Fraktion in Hamburg-Nord, sowie Wahlkreisabgeordneter der CDU Langenhorn ordnete die Antwort der Finanzbehörde ebenfalls ein:
„Die Angaben der Verwaltung sind für eine sachgerechte Einschätzung zur Machbarkeit dezentraler Unterkünfte in unserem Bezirk völlig unzureichend. Offensichtlich will die Verwaltung im Auftrag des rot-grünen Senats jede Alternative zu den geplanten Großsiedlungen in Landschaftsschutz- und Gewerbegebieten untergraben.“

Für Rückfragen:

Stefan N. Bohlen: 0172-702 92 73
Nizar Müller: 0163-231 43 22